

Der GRÜNE Thomas Griese, Staatssekretär im grünen rheinland-pfälzischen Umweltministerium und BUND-Mitglied, regt sich darüber auf, dass sich der Bau eines neuen US-Hospitals in einem für den Umwelt- und Grundwasserschutz äußerst wichtigen leeren US-Depot beim westpfälzischen Weilerbach wegen einer BUND-Klage verzögern könnte.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 191/12 – 05.11.12**

Versteht noch jemand die Politik der rheinland-pfälzischen GRÜNEN?

Wir lehnen den Neubau eines völlig überflüssigen neuen US-Hospitals in einem für den Schutz des Grundwassers und der Umwelt äußerst wichtigen leeren US-Munitionsdepot auf dem Gebiet der westpfälzischen Verbandsgemeinde Weilerbach ab und haben das in folgenden LUFTPOST-Ausgaben ausführlich begründet:

http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_11/LP22611_021211.pdf
http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_12/LP14212_090812.pdf
http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_12/LP16612_180912.pdf
http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_12/LP17312_270912.pdf
http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_12/LP17512_290912.pdf
http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_12/LP17712_011012.pdf
http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_12/LP17912_031012.pdf
http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_12/LP18412_111012.pdf

Aus Gesprächen mit in der Region Kaiserslautern lebenden GRÜNEN wissen wir, dass auch sie den Neubau ablehnen oder zumindest große Bedenken gegen die dazu erforderliche großflächige Waldrodung und die zu erwartenden negativen Auswirkungen auf geschützte Tier- und Pflanzenarten und das Grundwasser haben.

Deshalb hat uns der am 03.11.12 in der Kaiserslauterer Ausgabe der RHEINPFALZ veröffentlichte, nachfolgend abgedruckte Artikel, den wir mit Unterstreichungen versehen haben, einigermaßen überrascht:

„Das versteht hier keiner mehr“

US-Hospital: Der Mainzer Umweltstaatssekretär Thomas Griese rechnet mit dem Bundesverteidigungsministerium ab

Mainz (ahb). „Dass das Bundesverteidigungsministerium den Amerikanern jetzt von hinten in die Knie tritt, ist skandalös.“ Thomas Griese (Grüne), Staatssekretär im rheinland-pfälzischen Umweltministerium, findet als erster Vertreter der Landesregierung deutliche Worte im Streit um die Umweltverträglichkeitsprüfung für das neue US-Hospital nahe der Air Base Ramstein.

Von hinten in die Knie treten – damit spricht Griese jenen Vorgang an, der überaus kurios ist: Zwar lehnte es das Verteidigungsministerium ab, die Öffentlichkeit formal an der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) zu beteiligen. Doch nachdem die CDU-Verbandsbürgermeisterin von Weilerbach, Anja Pfeiffer, und die CDU-Bundestagsabgeordnete Anita Schäfer ihren Parteifreund, Verteidigungsstaatssekretär Jürgen Kossendey, besucht hatten, stimmte dieser offenbar im Alleingang zu, dass die Akten zu-

mindest eingesehen werden dürfen. Griese und sein Amtskollege im Mainzer Finanzministerium, Salvatore Barbaro (SPD), hatten dem US-Militär schon Mitte 2011 geraten, beim Verteidigungsministerium nicht zu beantragen, bei der UVP auf die Beteiligung der Öffentlichkeit zu verzichten. So, wie es auch die Kommunen gefordert hatten. Ein solcher Antrag ist aber rechtlich möglich und sagt nichts über die Qualität der Umweltprüfung aus. Insbesondere militärische Gründe spielen eine Rolle.

„Wir hatten damals schon den Eindruck, dass die US-Seite offen dafür gewesen wäre, die UVP ganz normal laufen zu lassen“, erläutert Griese im RHEINPFALZ-Gespräch. Schließlich hätte dies weitaus mehr Rechtssicherheit bedeutet. Dann aber sei alles ganz anders gelaufen. Der Eindruck, das Verteidigungsministerium habe von sich aus darauf gedrängt, die Öffentlichkeit auszuschließen, verfestigte sich dabei immer mehr.

Ein Argument des Verteidigungsministeriums: Geheimhaltungsinteressen könnten verletzt werden. Doch wenn es umgekehrt eine formlose Offenlegung erlaubt, „heißt das doch im Klartext, es hat keine Bedenken mehr“, kritisiert Griese. Folglich schwäche der Bund seine Position im anhängigen Rechtsstreit. „Damit treibt er die US-Seite in eine Prozessniederlage“, setzt der Staatssekretär noch einen drauf. Das sei skandalös, „das versteht hier keiner mehr“.

Auch das zweite Argument des Verteidigungsministeriums, die Zeitscheine, scheint sich ins Gegenteil zu verkehren – ganz wie befürchtet. Zwei Naturschutzverbände klagen nun mit Unterstützung einer renommierten Kanzlei – und selbst wenn sie in Neustadt verlieren sollten, gäbe es immer noch weitere Instanzen. Es geht um ein Hauptsache- und ein Eilverfahren. Wäre die UVP öffentlich gemacht worden, hätte es bei möglichen Klagen nur ein Verfahren gegeben, das ambitioniert hätte durchgezogen werden können, sagt Griese. So aber gehe mit der Berliner Entscheidung eine große Zeitverzögerung einher, „und das nur, weil das Verteidigungsministerium meinte, es müsste gegenüber der Umwelt die Schotten dicht machen“.

Was den Grünen-Politiker zusätzlich ärgert: Inhaltlich gibt es vermutlich keine großen Streitpunkte. Vielmehr wollen die Verbände zunächst einmal die Regeln der Umweltprüfung verteidigen. Durchaus nachvollziehbar, sagt auch Griese, der wie die Kommunen das Hospital-Projekt keinesfalls verhindern will. Im Gegenteil. „Das ist eine sehr wichtige Geschichte“, doch verliere man eben „unglaublich viel Zeit,“ wenn nicht mehr in diesem Winter mit der Rodung begonnen werden könne. Schlafende Fledermäuse könnten dies verhindern, wenn sich der Rechtsstreit in die Länge zieht. Hätte Berlin anders entschieden, „könnten wir schon voll am Start sein“. Eine vor Wochen an Berlin gerichtete RHEINPFALZ-Anfrage, in der das Verteidigungsministerium um eine Stellungnahme zu diesen Punkten gebeten wurde, blieb bislang übrigens unbeantwortet.

Der 1956 geborene Richter für Arbeitsrecht Thomas Griese kommt aus Nordrhein-Westfalen (Infos zu seiner Person s. http://de.wikipedia.org/wiki/Thomas_Griese und <http://www.mulewf.rlp.de/?id=43717>), ist seit 1997 Mitglied der Partei Bündnis 90 / DIE GRÜNEN, war in der Anti-Atomkraft-Bewegung und im Agrar- und Umweltbereich aktiv, hat sich von 1995 bis 2005 als Staatssekretär unter der grünen NRW-Umweltministerin Bärbel Höhn für das Zustandekommen des Nationalparks Eifel eingesetzt und ist seit Mai 2011 unter der grünen Ministerin Ulrike Höfken Staatssekretär im rheinland-pfälzischen Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten.

Warum setzt sich ein ehemaliger Umweltaktivist mit fundierten juristischen Kenntnissen so rückhaltlos für den Bau eines völlig überflüssigen US-Hospitals in einem für den Umwelt-

und Grundwasserschutz so wichtigen Gebiet ein, und warum fürchtet er, dass die Klagen des Naturschutzbundes Deutschland / NABU und des Bundes für Umwelt- und Naturschutz Deutschland / BUND, dem er selbst als aktives Mitglied angehört, "die US-Seite in eine Prozessniederlage treiben" und den Neubau "unnötig" verzögern könnten?

Was hat den Paulus, der in Nordrhein-Westfalen die Umwelt geschützt und den Nationalpark Eifel mitbegründet hat, zum Saulus gemacht, der in Rheinland-Pfalz auf möglichst schnell durchgezogene großflächige Baumfällaktionen und die Zerstörung wertvoller Lebensräume für geschützte Tiere und Pflanzen drängt?

Hält auch die Mehrheit der rheinland-pfälzischen GRÜNEN – wie ihr importierter Staatssekretär Griese – den Neubau eines US-Hospitals für "eine sehr wichtige Geschichte", bei der "unglaublich viel Zeit" verloren werden könnte, wenn "ein sich in die Länge ziehender Rechtsstreit" und "schlafende Fledermäuse" den "Beginn der Rodung noch in diesem Winter" verhindern?

In ihrem Programm zur Landtagswahl 2011 (Infos dazu unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_11/LP08411_200511.pdf) hatten die rheinland-pfälzischen GRÜNEN noch gefordert:

"Die SPD-Landesregierung profiliert sich durch einen massiven Einsatz für die Aufrechterhaltung der Militärpräsenz und fördert den Ausbau der verbliebenen US-Stützpunkte in Rheinland-Pfalz mit Zuschüssen aus dem Landesetat. Dagegen treten wir GRÜNE dafür ein, dass die Militärpräsenz in unserem Land planvoll abgebaut wird. Die künftige Landesregierung muss an die Bundesregierung, die USA und die NATO starke Signale zum Truppenabzug senden. Wir wollen, dass die wirtschaftliche Abhängigkeit ganzer Regionen in unserem Land vom Faktor Militär durch eine vorausschauende Politik der zivilen Umwandlung (Konversion) überwunden wird, durch die neue zivile Arbeitsplätze geschaffen werden. Die anstehenden Konversionsprojekte sollen gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern entwickelt und begleitet werden."

Im Koalitionsvertrag mit der SPD (s. <http://spdnet.sozi.info/rlp/dl/Koalitionsvertrag.pdf>) steht nichts über einen "planvollen Abbau der Militärpräsenz in unserem Land". Auf S. 89 ist dort sogar festgehalten:

"Das geplante US-Militärkrankenhaus in Weilerbach wird von der Landesregierung positiv begleitet. Wir gehen davon aus, dass die Kosten von der Bundesregierung zu tragen sind, das heißt, dass das Land in diesem Zusammenhang nicht in der Kostentragungspflicht ist."

Die GRÜNEN haben diese Kröte in den Koalitionsverhandlungen mit Becks SPD widerstandslos geschluckt. Könnten sie sich nicht wenigstens bei der Vertreibung der Kröten aus den Feuchtgebieten des Weilerbacher Depots (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_12/LP17512_290912.pdf) etwas mehr zurückhalten?

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern